

Ukrainekrieg: Was ist 2023 zu erwarten?

In diesem Jahr wird es wohl zu keiner Friedensvereinbarung zwischen Russland und der Ukraine kommen, denn einer solchen müsste ein Waffenstillstand vorausgehen. Eine solche wird erst vereinbart werden, wenn

- **beide** Seiten
- **gleichzeitig** erkennen,
- dass sie ihre Kampfhandlungen nicht mehr weiterführen können
- mangels Soldaten und/oder Waffen,

danach sieht es gegenwärtig nicht aus.

Am 30. September 2022 gab der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij nach einer Sitzung des „Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats“ bekannt, dass alle ukrainischen Verhandlungsversuche erfolglos geblieben seien, da der derzeitige russische Führer nicht bereit sei, „Koexistenz zu gleichen, ehrlichen, würdigen und fairen Bedingungen auszuhandeln“. Putin wisse nicht, was Würde und Ehrlichkeit sind. „Deshalb sind wir bereit für einen Dialog mit Russland, aber mit einem anderen russischen Präsidenten“, sagte Selenskij. Am selben Tag unterzeichnete er ein Dekret, dessen erster Punkt lautet: „Die Unmöglichkeit der Durchführung von Verhandlungen mit dem Präsidenten der Russischen Föderation V. Putin.“¹ Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärte am 27. Dezember 2022 in einem TASS-Interview, dass Russlands Vorschläge zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der vom Kiewer Regime kontrollierten Gebiete besser "genau richtig" erfüllt werden sollten, sonst werde die Frage von der russischen Armee entschieden.²

Daraus ergibt sich:

- Selenskij: keine Verhandlungen mit Putin, wohl aber mit Russland;
- Lawrow: keine Verhandlungen mit Kiew über die von Russland annektierten Gebiete Donezk, Luhansk, Saporischschja, Cherson und die Halbinsel Krim.

Das Festhalten Lawrows an den annektierten Gebieten ist Ausdruck des minimalen Kriegsziels Russlands in der Ukraine, Kiew vom Zugang zum Asowschen und Schwarzen Meer abzuschneiden und eine Landverbindung zur Krim-Halbinsel herzustellen. Das langfristige Ziel des russischen Präsidenten Wladimir Putin bleibt das Verschwinden der Ukraine, denn laut seiner Analyse vom Juli 2021 gibt es diese gar nicht.³

Die von Selenskij auf der UN-Vollversammlung am 21. September 2022 online vorgetragenen Bedingungen für einen Frieden mit Russland sind⁴:

- Bestrafung für die Aggression,
- Schutz des Lebens,
- Wiederherstellung der Sicherheit und territorialen Integrität,
- Sicherheitsgarantien,
- Entschlossenheit, sich zu verteidigen.

Diese Bedingungen beinhalten das Ziel, die russische Armee vollständig aus der Ukraine zu vertreiben, und wirkliche Sicherheitsgarantien des Westens, sozusagen als Ersatz für eine NATO-Mitgliedschaft. Bei der Annexion der Krim 2014 hatten die beiden Garantiemächte USA und Großbritannien weggeschaut. Ich kann mich noch gut an die für die Westberliner damals existenzielle Frage aus der Zeit des Kalten Kriegs erinnern: „Werden die Alliierten bereit sein, für Berlin zu sterben?“ Es ist nicht auszuschließen, dass es zwischen der Ukraine und Russland keine Friedensvereinbarung geben wird,

¹ <https://zn.ua/ukr/internal/putina-vidvodjat-vid-vladi.html>

² <https://iz.ru/1447016/2022-12-27/lavrov-rekomendoval-vypolnit-predlozheniia-po-demilitarizacii-ukrainy-podobru-pozdorovu>

³ <http://kremlin.ru/events/president/news/66181>

⁴ <https://www.ukrinform.ua/rubric-polytics/3576838-zelenskij-vistupiv-na-genasamblei-oon-povnij-tekst.html>

sondern nur die immerwährende Fortdauer eines Waffenstillstands wie zwischen Nord- und Südkorea.

Im Frühjahr werden die Ukraine - ohne Leopard-Panzer - und Russland ihre vorbereiteten Militäroffensiven durchführen, die nicht so erfolgreich wie gewünscht werden dürften. Es wird wohl zu keinen nennenswerten Geländegewinnen auf Kosten der einen oder anderen Seite kommen, so dass man dann von einem langandauernden Stellungskrieg ausgehen müssen wird. Russland beginnt nach der Mobilisierung von 300.000 Personen im vergangenen Jahr nun mit der schrittweisen verdeckten Mobilisierung von bis zu einer Million Männern. Russland lag 2021 im Bruttoinlandsprodukt zwischen Kanada und Südkorea, was seine Rüstungsmöglichkeiten begrenzt. Waffenmäßig wird Russland inzwischen durch den Iran und Nordkorea mit Lieferungen unterstützt.

Der Ukraine würden die Leopard-Panzer helfen, von denen es in Europa - nach Aussage des deutsch-französischen Grünen-Politikers Daniel Cohn-Bendit am 21. Januar 2023 im Deutschlandfunk - insgesamt 2.000 gibt. Eigentlich müsste es möglich sein, 10 % von ihnen, also 200, an die Ukraine, die um ihre Existenz kämpft, abzugeben. Da die Panzer deutscher Produktion sind, muss Berlin bei deren Weitergabe zustimmen. Berlin tut sich selbst damit schwer – es geht noch nicht einmal um die Abgabe eigener Panzer -, weil befürchtet wird, dass Putin dies als eine Eskalation betrachten wird, denn Deutschland liefert Kiew diejenige Waffe, mit der die ukrainische Armee versuchen wird, die von Russland annektierten Gebiete, die von Moskau als russisches Territorium betrachtet werden, erfolgreich zurückzuerobern.

Worin könnte eine solche Eskalation bestehen?

- Angriff eines NATO-Landes,
- Einsatz von taktischen Atomwaffen.

Angesichts der wochenlangen militärischen Stagnation der russischen Truppen in der Ukraine am Boden ist kaum damit zu rechnen, dass Putin ein weiteres militärisches Risiko durch den Bodenangriff eines NATO-Landes eingehen will und kann, selbst nicht einmal in Form einen Raketenangriff auf Polen, die Nachschubbasis für westliche Waffenlieferungen an die Ukraine. Bleibt sozusagen als Verzweiflungsaktion der Einsatz taktischer Atomwaffen in der Ukraine. Vor einigen Wochen hat Washington Moskau deutlich davor gewarnt, denn dies würde eine sehr harte konventionelle Reaktion der USA nach sich ziehen, von der Verärgerung Chinas und Indiens ganz zu schweigen.